Der Vorsitzende stellte zunächst fest, dass der Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt NRW (GPA) im Vorfeld an alle Ausschussmitglieder übersandt worden ist und er davon ausgehe, dass im Vorfeld entsprechende Beratungen in den Fraktionen stattgefunden haben.

Auf die Bitte um Wortmeldungen erläuterte Abg. Zähren, dass in seiner Fraktion die Meinung herrsche, dass der Prüfbericht der GPA den Schluss zulasse, dass der civitec sehr kritisch zu sehen sei. Man sei der Meinung, dass hier zwingend ein Handeln seitens des Landrates oder der Kreisdirektorin erforderlich sei. Beispielsweise sollte im Rahmen der Dienstbesprechung mit den Bürgermeistern geklärt werden, aus welchem Grunde viele Gemeinden nicht mit dem civitec zusammenarbeiten. Es müsse gehandelt werden, um Kosten einzusparen. Auch müsse betrachtet werden, ob der civitec für den Rhein-Sieg-Kreis zu teuer sei und man sich anderweitig orientiere.

Abg. Recki erklärte, dass sie sich dem anschließen könne und ihre Fraktion außerdem frage, wie die Verwaltung mit den Empfehlungen im Bericht der GPA umgehe. Hier seien gravierende Punkte aufgegriffen worden, die dringend der Klärung bedürfen. In diesem Zusammenhang stelle sich auch die Frage, inwieweit der Arbeitskreis Konsolidierung zwischenzeitlich gearbeitet hat und welche Ergebnisse dort erreicht worden sind. Weiterhin sei die Formulierung in der Beschlussvorlage, dass die Verwaltung „gegebenenfalls“ im Anschluss an die Untersuchungen dem Finanzausschuss berichten werde, nicht akzeptabel. Denn sie bedeute, man könne irgendwann irgendetwas zu dem angesprochenen Thema berichten. Die Verwaltung sei aufgefordert, Stellung zu beziehen und deutlich zu sagen, wie sie in Zukunft mit dieser Sache umgehen will. Diese Handlungen erfordern es, zeitnah einen Maßnahmenkatalog aufzustellen und diesen dem Rechnungsprüfungsausschuss vorzustellen. Der Beschlussvorschlag solle entsprechend ergänzt werden.

Abg. Balansky schilderte aus ihrer Mitwirkung im Arbeitskreis Konsolidierung, dass bereits begonnen wurde, die sich aus dem Bericht ergebenden Themen zu beleuchten. Hierzu habe ein erstes Treffen stattgefunden, an dem der Geschäftsführer des civitec teilgenommen habe. Es seien weiterhin alle Fraktionen in dem Arbeitskreis vertreten und es bestehe Einigkeit darüber, sich weiterhin zu treffen, da das gesamte Thema sehr komplex ist. Darüber hinaus habe der Geschäftsführer des civitec eine neue Strategie des Zweckverbandes angekündigt, die kostensenkende sowie strategisch wichtige und sinnvolle Weichenstellungen - auch im Hinblick auf die Zukunftsfähigkeit des civitec - beinhalte.

Den Kreistag hierbei zu beteiligen sei aufgrund der rechtlichen Eigenheiten eines Zweckverbandes mit seinen eigenen Gremien schwierig. Sie hege aber die Hoffnung, dass alle Einfluss ausüben könnten, damit an die Empfehlungen angelehnte geeignete Maßnahmen ergriffen werden können.

Abg. Lägel stellte fest, dass die GPA im vorliegenden Prüfbericht 16 Feststellungen fixiere, 11 davon seien negative Wertaussagen, fünf seien positiv. Weiterhin würden in dem Prüfungsbericht 23 Empfehlungen ausgesprochen. Er habe nun erfahren, dass die Verwaltung an ausgesprochene Empfehlungen oder Feststellungen der GPA nicht gebunden sei. Die Vorschläge der GPA seien stets auch vage und unverbindlich. Am Beispiel des Rechnungsprüfungsausschusses der Gemeinde Wachtberg stellte er dar, dass die Empfehlungen der GPA durch entsprechende eigene Beschlüsse so weit konkretisiert wurden, dass sowohl eine Zeitkomponente hinzugefügt worden sei, als auch die Mitwirkung der Politik für die Bearbeitung der Empfehlungen erforderlich sei. Nach einem gewissen Zeitraum sei dann ein Sachstandsbericht der Verwaltung zu den entsprechenden Themen vorzulegen. Abg. Lägel schlug deshalb vor, dass diese Vorgehensweise auch in den hier zur Beratung stehenden Beschlussvorschlag hineinfinde.

Abg. Steiner erläuterte, dass es sich bei dem civitec - vormals GKD - um eine Organisation handele, die über Jahre so gewachsen sei. Durch den Wechsel in der Geschäftsführung sei nun ein neuer Geschäftsführer an der Spitze des Zweckverbandes, der diesen auch neu aufstellen und für die Zukunft fit machen wolle. Der civitec werde an dieser Stelle diesbezüglich in die Pflicht genommen. Dies sei auch der Grund, warum die Angelegenheit noch nicht abgeschlossen sei und der Arbeitskreis mehr Zeit als nur eine Sitzung brauche, um die Feststellungen und Empfehlungen gemeinsam mit dem civitec zu bearbeiten.
Weiterhin wies Abg. Steiner noch ausdrücklich auf die klare Tatsache hin, dass die Bedenken und Vorbehalte der Kommunen gegenüber dem civitec auf die Geschichte des civitec und dessen Vorgänger GKD zurückgehen. Hinzu komme eine bei den Kommunen verbreitete „Feindeshaltung“ gegenüber dem „bösen Kreis, der ja eigentlich nur unser Geld will“. So blieben letztlich Synergien ungenutzt. Auf diesem Gebiet müsse eine Trendwende geschaffen werden, dann könne auch Geld eingespart werden.
Seiner Meinung nach sei mit dem Zweckverband aber grundsätzlich eine vernünftige Lösung vorhanden, diese müsse nur noch als positiv und zweckdienlich für die Kommunen transportiert werden.

Den Zweckverband einfach aufzulösen, würde seiner Meinung nach das Problem nicht lösen, denn dann müsste es alleine unter Aufwendung von mehr Geld gemacht werden.

Abg. Peter ergänzte als Mitglied des AK Konsolidierung, es gebe bei dem civitec verbandseigene Gremien, in denen die Dinge ebenfalls besprochen werden müssen. Es werde in Kürze ein Diskussionspapier zur strategischen Neuorientierung des civitec geben und deren Inhalt möchte der Arbeitskreis zunächst abwarten. Die Erkenntnisse des Arbeitskreises sollen Entscheidungshilfen für die Politik sein. Ziel sollte eine neue synergetische Organisation sein. Ob das ein Zweckverband sein muss, oder auch eine GmbH sein kann, wie es auch in anderen Kreisen gemacht werde, sei offen. Und dieses Neue solle preislich aber auch funktional dem entsprechen, was sich die Politik vorstellt.

KVD'in Esser teilte mit, dass nicht erst der Prüfbericht der GPA die Problematik sichtbar gemacht habe. Das Thema sei der Verwaltung bekannt und im Verwaltungsausschuss des civitec, dem die Kreisdirektorin angehöre, sei von dieser schon mehrfach deutlich bemängelt worden, dass die Kosten bei der civitec ständig steigen. Es sei ein Auftrag durch den Verwaltungsausschuss erteilt worden, eine neue Strategie dahingehend zu entwickeln, wie diese Kostenentwicklung aufgefangen werden kann: Soll eine Konsolidierung durch Gesundschrumpfen erfolgen? Expandiert der civitec? Der Rhein-Sieg-Kreis sei in einem Boot mit dem Oberbergischen Kreis, mit den jeweiligen Kommunen der Kreise und auch mit der Stadt Solingen, die seit 2009 Miteigentümerin des civitec ist. Hier seien auch die Kreis-Bürgermeister im Verwaltungsausschuss gefragt.
Für den im Prüfbericht ausgewiesenen Maximalwert der IT-Gesamtaufwendungen sei ursächlich der civitec. Dagegen habe die kreiseigene IT-Abteilung NRW-weit die niedrigsten Personalaufwendungen.
Weiterhin sei im Bericht die IT-Sicherheit angesprochen worden. Auch die einzelnen Punkte dieser Ausführungen sind seitens der IT-Abteilung des Rhein-Sieg-Kreises in Angriff genommen worden. Beispielsweise werden gemeinsam mit der Gebäudewirtschaft die baulichen Erfordernisse, wie sie die GPA aufgelistet hat, derzeit u.a. auch im Rahmen der Brandschutzsanierung mit eingerichtet. Weil noch nicht geklärt war, welches Gremium über den Fortschritt der Arbeiten bzw. den Stand der Erfüllung der Feststellungen und Empfehlungen des GPA informiert werden solle – insbesondere, da auch noch die Ergebnisse der Beratungen im AK Konsolidierung ausstanden – wurde die Formulierung „gegebenenfalls Finanzausschuss" gewählt, d.h. „bei Bedarf". Dies sollte keine Missachtung der Politik oder eines Gremiums

darstellen, denn es werde auf jeden Fall fortlaufend berichtet, zu welchen Schritten und Ergebnissen der Bericht der GPA geführt hat.

Abg. Leitterstorff bat noch einmal ausdrücklich darum, dass im Rechnungsprüfungsausschuss berichtet und Stellung genommen werde zu der stärkeren Beteiligung der Städte und Gemeinden sowie der Beschränkung des civitec auf ihre Kernkompetenzen. Zusätzlich bitte sie um Auskunft, wie sich die Kosten-Verhältnisse beim Oberbergischen Kreis darstellen.

Abg. Steiner informierte hinsichtlich des Fortgangs der Beratungen, dass sich der AK Konsolidierung in seiner Novembersitzung das zweite Mal mit dem Thema civitec beschäftigen werde. Somit würde es von Seiten des Arbeitskreises für die am 24.10.2012 stattfindende nächste Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses keine neuen Erkenntnisse geben können.

KVD'in Esser ergänzte, dass der Verwaltungssauschuss des civitec erst am 25.10.2012, also ebenfalls nach der kommenden Sitzung, tagen wird und dort erst werde der Geschäftsführer seine ersten strategischen Vorstellungen bekannt geben.
Es dürfe nicht unerwähnt bleiben, dass der Rhein-Sieg-Kreis in den Gremien des civtec nur ein Partner/Verbandsmitglied sei und daher die Realisierung der eigenen Vorstellungen nicht zwingend durchsetzen könne.

Der Vorsitzende bat Frau Esser um Auskunft, ob die Verwaltung bis zur nächsten Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses abklären könne, wie es sich im Oberbergischen Kreis und in Solingen verhalte und welche Erfahrungswerte mit dem civitec dort vorliegen.

KVD'in Esser erläuterte, dass die GPA im Arbeitskreis Konsolidierung anwesend war und vorgetragen hat. Dort seien ähnliche Fragen gestellt worden. Wegen des Datenschutzes können jedoch nicht alle Auskünfte erteilt werden. Wie es sich aus dem Kontakt zum Oberbergischen Kreis ergebe, bestehe dort eine ähnliche Problematik. Sie könne allerdings keine Zahlen nennen.

Der Vorsitzende bat darum, dass die Verwaltung ihre Erkenntnisse und die Tatsachen an dieser Stelle zusammenfassen solle, so dass der Ausschuss zumindest einen groben Überblick erhalte. Dies könne als Anlage zur Sitzungsniederschrift gegeben oder zur nächsten Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 24. Oktober 2012 vorbereitet werden.

Zusammenfassend stellte der Vorsitzende seine nun im Verlaufe der Diskussion gewonnene Erkenntnis fest, dass seitens des Rechnungsprüfungsausschusses weiterer Informationsbedarf bestehe.

Da künftig die Eigenprüfungen des Rechnungsprüfungsausschusses vor der Sommerpause stattfinden sollen und somit der Termin für die nächste Rechnungsprüfungsausschusssitzung mit Eigenprüfung auf den 18. April 2013 festgesetzt sei, würde es sich anbieten – das Einverständnis aller Mitglieder vorausgesetzt - dieses Thema wieder auf die Tagesordnung im Rechnungsprüfungsausschuss zu nehmen und sich dann informieren zu lassen.

Als Beschlussvorschlag trug der Vorsitzende vor, dass die Thematik in der übernächsten Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses wieder behandelt wird. Im Übrigen erfolge die Beratung der Ergebnisse und Empfehlungen des Prüfberichtes der Gemeindeprüfungsanstalt NRW (GPA) im Arbeitskreis Konsolidierung und im Personalausschuss und im Finanzausschuss.

Die Verwaltung wird aufgefordert, dem Rechnungsprüfungsausschuss zu berichten